

Voest-Anlagen in Donawitz, Arbeiter nach Schichtwechsel: „Jetzt fliegen wir aus den Märkten“

## „Wir stehen vor einem Trümmerhaufen“

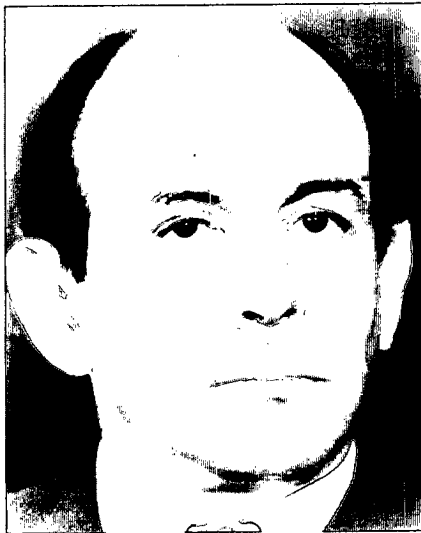
SPiegel-Report über den Niedergang der verstaatlichten Industrie Österreichs

Einige Familien aus Knittelfeld und Kapfenberg in der Obersteiermark sind schon vor Monaten umgezogen. Nachdem der Staatsbetrieb VEW den Familienvätern gekündigt hatte, mußten sie ihre Eigenheime verkaufen; mit dem Erlös konnten sie nicht einmal die dafür aufgenommenen Kredite zurückzahlen. Jetzt stottern die arbeitslosen Stahlkocher ihre Schulden ab und leben in Baracken und Sozialwohnungen – fast auf Sichtweite zu ihren Eigenheimen.

Andere werden folgen, Stahlarbeiter vor allem, die ein Leben lang bei Voest-Alpine oder VEW ihr Geld verdient haben und nun erfahren, daß sie entbehrlich sind. Der größte Arbeitgeber in der Obersteiermark, die verstaatlichte Industrie, steht vor dem Kollaps, da kann von der besonderen Verantwortung der Gemeinwirtschaft gegenüber den Beschäftigten nicht mehr die Rede sein. Der größte Arbeitgeber schafft im Ernstfall auch die meisten Arbeitslosen.

Sie war einst der Stolz der Republik, „die Verstaatlichte“. Noch vor einem Jahrzehnt brachten diese Staatsbetriebe Österreich ein Viertel des Industriesatzes, mit Stahl aus der Voest in Linz und den VEW in Kapfenberg, Aluminium aus der Amag in Ranshofen, Kraftwerksturbinen aus der Elin in Wien, Erdölprodukte aus der ÖMV in Schwechat, Düngemittel aus der Chemie Linz.

Gut 130 000 Arbeitsplätze gab es einmal bei den fast 200 Staatsbetrieben. Sie wurden durch jahrzehntelanges Mismatch-



ÖIAG-Chef Sekyra  
Bald nur noch 55 000 Jobs

nagement aufs Spiel gesetzt. Jetzt stehen noch knapp 100 000 Beschäftigte auf den Lohn- und Gehaltslisten.

Österreichs „Verstaatlichte“ ist krank. „Wir liegen“, sagt Hugo Sekyra, Generaldirektor der Holding Österreichische Industrieverwaltungs-AG (ÖIAG), „auf der Intensivstation und brauchen eine Bluttransfusion. Sonst sind wir tot.“

Das sieche Sammelsurium von Firmen hat die Österreicher bereits viel Geld gekostet. Fast fünfeneinhalb Milliarden Mark hat der Staat in den vergangenen

sieben Jahren in seine Betriebe gepumpt. Geholfen hat es wenig, Arbeitsplätze wurden immer nur für ein paar Monate gesichert, der Zusammenbruch konnte nur aufgeschoben werden.

Und Hoffnung auf Besserung ist nicht angebracht. Konjunkturforscher sehen Österreichs Wirtschaft in eine Rezession schlittern. Schon 1986 kam es bei den Exporten zum schwersten Rückschlag seit fast 30 Jahren. Die verstaatlichte Industrie mit ihren schlichten Produkten wie Stahl oder chemischen Grundstoffen ist besonders hart betroffen. Die Aufträge in manchen Unternehmen bringen zum Teil nur bis Mitte Mai Arbeit.

„Jetzt fliegen wir aus den Märkten“, sagt einer der Staatsmanager. Den Dollarverfall und die gleichzeitige Hartwährungspolitik der österreichischen Regierung können die Betriebe kaum noch verkraften: Der Schilling gerät zusehends unter Abwertungsdruck.

Selbst Bereiche, die noch vor kurzem als zukunftssicher galten, sind nun in Gefahr. Im Rohrwerk in Kindberg, das erst seit 1983 in Betrieb ist, wird häufig kurzgearbeitet. Einziger Großkunde ist die Sowjet-Union, 1000 Beschäftigte bangen um ihren Arbeitsplatz.

Längst sind Österreichs Politikern und Journalisten, die den langen Leidensweg ihrer Staatsbetriebe beschreiben wollen, die Begriffe ausgegangen. Von Debakel oder Katastrophen getraut sich schon keiner mehr zu sprechen. Was hier mit einem wichtigen Wirtschaftsbereich und

**»Bei meinen Städtetrips immer dabei: PONS Reisewörterbücher von Klett.«**

»London – Paris – Florenz – Athen – so eine Städtetour ist ganz schön stressig. Zum Glück habe ich meine PONS Reisewörterbücher dabei. Da gibt's keine Sprachprobleme, denn die sind Wörterbuch und Sprachführer in einem.«  
Ab 12,80 DM.  
Auch mit Cassetten erhältlich.



**Bei der Jyske Bank, Dänemark, können Sie jetzt wieder mit einem Euro-Konto hohe Zinsen erzielen**

p.a.

**6 1/2 %**

Das spezielle Jyske Bank Konto in ECU ist ohne Kündigungsfrist, und der Zinssatz bleibt fest bis zum 1. Oktober 1988.

Letzte Einzahlungsfrist: 30. Juni 1987

Bitte senden Sie mir weiteres Informationsmaterial über Euro-Konten zu.

Name:

Adresse:

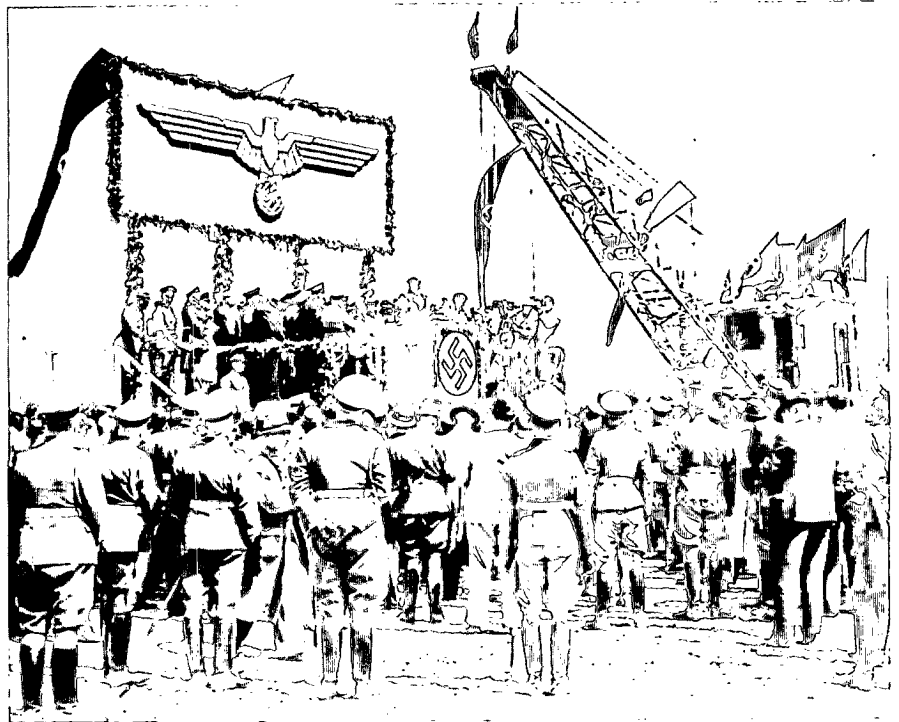
Plz:

Ort:



Vesterbrogade 9,  
Postboks 298  
1501 Kopenhagen V,  
Dänemark  
Tel: +0045 1212222

605452



**Bau der Reichswerke Hermann Göring\***: Das „Gemeinschaftsgefühl“ überlebte

seinen Beschäftigten passiert ist, nennt Franz Ruhaltinger, Betriebsrat im Stahlkonzern Voest, ganz schlicht „eine Riesensauerei“.

Nichts hat die Österreicher in den letzten Jahrzehnten so verstört wie der Niedergang ihrer verstaatlichten Industrie – weder die Aufregung um ihren mit Glykol versüßten Wein noch die schmerzhaft Diskussion um die Vergangenheit des Kurt Waldheim. Mit der „Verstaatlichten“ geht ein Ideal zum Teufel, der Glaube an einen gangbaren Weg zwischen Kapitalismus und zentralisierter Planwirtschaft.

Die verstaatliche Industrie, so formulierte der Ökonom Kurt Bayer, sollte die „Wegbereiterin eines humanen technischen Fortschritts“ sein. Die Sozialisten sprachen von „Verwirklichung der sozialen Demokratie“.

Die hohlen Schlagworte sind längst vergessen. Der technische Fortschritt wurde verschlafen, für Humanität fehlt der Demokratie das Geld.

Österreichs „Verstaatlichte“ ist nicht durch den harten Kampf wackerer Werktätiger entstanden, sondern – so spotteten Kritiker – durch eine „Revolution der Hofräte“. Einstimmig beschlossen 1946 Österreichs neugegründete Parteien die Verstaatlichung von 70 Industriebetrieben. Die Fabriken, über den Osten des Landes verstreut und meist deutsches Eigentum, wurden damit dem Zugriff der Besatzungsmächte entzogen; österreichische Unternehmer hätten sich die Übernahme der oft stark bombardierten Anlagen aus Kapitalmangel nicht leisten können.

\* Spatenstich am 13. Mai 1938 in Linz mit Göring am Rednerpult.

Aus den Reichswerken Hermann Göring in Linz wurden die Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke, kurz Voest – das Herzstück des staatlichen Wirtschaftssektors. Viele „Ehemalige“ in den Betrieben, darunter führende Belegschaftsvertreter und leitende Angestellte, fanden schnell eine neue politische Heimat. Zahlreiche Altnazis liefen zu den Sozialisten über, das „Gemeinschaftsgefühl“ überdauerte den Wechsel unbeschadet und erschreckt noch heute viele Geschäftspartner.

Die „Verstaatlichte“ sollte, darin kamen Sozialisten und Konservative überein, vor allem Roh- und Halbfertigprodukte zu Billigpreisen an die Privatwirt-

**Der Filz unten ergänzte den Filz oben**

schaft liefern. Ein Vierteljahrhundert lang wurde dieser Kurs nicht geändert, der Einstieg in neue gewinnträchtige Sparten war damit unmöglich.

Der Boom der sechziger Jahre nährte dennoch die Illusion, die Staatsbetriebe könnten anders als andere wirtschaften. Sozialleistungen wie sonst nirgends ließen die Arbeiter Staub, Lärm und Hitze vergessen. Die Stahl- und Wirtschaftskrise in den siebziger überspielte der sozialistische Kanzler Bruno Kreisky mit dem vielbejubelten Grundsatz: „Mir sind ein paar hundert Millionen Schillinge Schulden lieber als ein paar tausend Arbeitslose.“

Doch nur mit Geld lassen sich Arbeitsplätze nicht sichern. Die gutgemeinte Idee staatlicher Musterbetriebe erstickte am Filz der Funktionäre, Mismanage-

# „Die nächste Milliardenpleite liegt in der Luft“

Unbewältigte Umweltprobleme bedrohen die Existenz der österreichischen Staatsbetriebe

Der Smog von Los Angeles genießt traurigen Weltruf. Doch mitten im Fremdenverkehrsland Österreich, in Linz, ist die Luft noch viel schlechter.

Die betulich barocke Industriestadt an der Donau (200 000 Einwohner) wird an Smog-Tagen um ein Vielfaches mehr mit Schadstoffen belastet als die Millionenmetropole im weit entfernten Kalifornien.

Zu diesem Ergebnis gelangte ein Forschersteam der Institute für analytische Chemie der Technischen Universität Wien und der Universität Linz. Die brisante Studie, erstellt im Auftrag des österreichischen Gesundheits- und Umweltministeriums, wurde bisher unter Verschluss gehalten.

Riesige Mengen an Salpeter- und Schwefelsäure wie auch Ammonsalzen legen eine dichte Dunstglocke über Linz, wo sich einst Adolf Hitler zur Ruhe setzen wollte. Gebäude verfallen und Autos rosten viel schneller als anderswo. Die Salpetersäureanlage der Chemie Linz, einer der Hauptverursacher, wird derzeit zwar mit großem Aufwand erneuert, der Ammoniakausstoß verringert sich dadurch aber keineswegs.

Auch die größte Linzer Dreckschleuder, die Sinteranlage der Voest, soll saniert werden. Allein ihre extrem hohen Fluoremissionen haben im 20 Kilometer entfernten St. Georgen maßgeblich zur Schließung eines Quarzwerkes beigetragen, dem diese Luftverschmutzung zu Unrecht zugeschrieben wurde.

„In der Sahara staubt's auch“, verteidigte der frühere Linzer Bürgermeister Franz Hillinger die verstaatlichten Betriebe – die Verantwortlichen in den Werken handeln noch heute nach dieser Devise.

Da entwickelte die Voest ein neues Verfahren zur Müllvergasung. Die Pilotanlage auf dem Linzer Werksgelände wurde 5000 Betriebsstunden lang mit Müll aus der Stadt Graz betrieben, das entstehende Pyrolyse-Gas vor dem Verbrennen aber nicht gereinigt. „Das Gas haben wir einfach abgefackelt“, erklärten Ingenieure der Voest den erstaunten Zuhörern auf dem Internationalen Recycling-Kongreß im Herbst 1986 in Berlin.

Unbemerkt von der Öffentlichkeit nutzte die Voest bisher schon einen Hochofen zur Sondermüllverbrennung. Schwer entsorgbare Abfälle – etwa Altöle, die chlorhaltige Lösungsmittel enthalten – wurden so unauffällig beseitigt.

Die Kollegen aus der Chemie Linz zucken nur mit den Schultern, wenn sie von Behördenvertretern nach dem Verbleib von 20 000 Tonnen Sondermüll



OMV-Raffinerie in Schwechat bei Wien: Gefahr für die Donau



Umweltschützer vor der Chemie Linz\*: Sondermüll heimlich verbrannt

befragt werden. Die Voest lagert jährlich 50 000 Tonnen oft stark zinkhaltige Schlämme auf dem Werksgelände nahe der Donau. Alte Säureteerteiche und Müllhalden, vor allem die riesigen Schlackenberge am Voest-Standort Donawitz, bergen unkalkulierbare Risiken.

\* Am 5. Oktober 1983 wurden von Greenpeace aufgestellte Dioxin-Fässer von aufgebrauchten Chemikararbeitern weggetragen.

Am Ufer des Inns, wenige Kilometer südlich von Braunau, betreibt die Aluminiumhütte Austria Metall AG (Amag) ihre zentrale Deponie – seit 15 Jahren ohne behördliche Genehmigung. Das österreichische Umweltbundesamt hat inzwischen „massive Verunreinigungen des Grundwassers“ festgestellt, der Zustand ist „äußerst bedenklich“.

Noch schärfer urteilt Österreichs Behörde für Arbeitssicherheit, das Arbeits-

inspektorat: Der wichtigste Produktionsbetrieb der Amag, die Elektrolyse, müsse „unverzüglich gesperrt“ werden – so der vertrauliche Befund. Die Staub- und Fluorbelastung von 335 Beschäftigten ist ständig zu hoch, Grenzwerte werden „teilweise extrem überschritten“. Außerdem besteht ein äußerst hohes Krebsrisiko, da im Staub große Mengen der Krebserreger Benzo(a)pyren und Chrysen nachgewiesen wurden.

Die alte Elektrolyse durch eine neue zu ersetzen – das ist Österreichs derzeit am heftigsten umkämpfte Industrieprojekt. Die Amag fordert dafür Staatszuschüsse, weil die neue Anlage die Umwelt entlaste, und will einen garantierten, extrem niedrigen Strompreis, zumindest ein Jahrzehnt lang.

„Dann rechnet sich das Projekt“, sagt Firmenchef Robert Ehrlich. Eine Studie der Amag belegt jedoch, daß die Elektrolyse auch bei einer Strompreisgarantie mindestens elf Jahre lang nur Verluste produzieren würde – ein ökonomischer Aberwitz. „Das hat den Charakter eines Spekulationsgeschäfts“, kritisiert ein Kenner. „Wenn der Aluminiumpreis am Weltmarkt fallen sollte, liegt die nächste Milliardenpleite in der Luft.“

Überdies ergab eine Untersuchung des österreichischen Umweltbundesamtes, daß auch eine neue Elektrolyse viel zu viel umweltschädigendes Fluorid ausstoßen und die geltenden Grenzwerte ständig überschreiten würde – unter bestimmten Wetterbedingungen sogar um das Fünzigfache.

Und während die alte Anlage den Großteil des anfallenden Schwefeldioxids in den Inn abläßt, würde die neue Elektrolyse jährlich unvorstellbare 1700 Tonnen dieses Umweltgifts durch die Schornsteine blasen.

„Wenn die neue Elektrolyse nicht gebaut wird“, fürchtet der zuständige Minister Streicher, „zerfällt die Amag.“

Die größte Umweltbombe der Verstaatlichten tickt aber im Süden Wiens, bei der ÖMV in Schwechat. Dort ist der Untergrund des Raffineriegeländes durch undichte Rohrleitungen und lecke Tanks auf weite Strecken mit Öl verseucht. Die ÖMV vermutet, daß bislang Öl im Wert von 100 Millionen Schilling (14 Millionen Mark) versickert ist. „Die Öllinsen“, so ein interner Bericht, „wandern mit dem Grundwasserstrom.“ Gelangen sie bis in die Donau, droht dem Fluß das Schicksal des Rheins.

Bedrohlich für die ÖMV-Manager sind die Pläne der staatlichen Elektrizitätsgesellschaften, die zwischen Wien und Preßburg eine Reihe von Wasserkraftwerken bauen wollen. Jede Staustufe würde die Grundwasserverhältnisse weitgehend verändern – das Öl unter der ÖMV könnte dann plötzlich in den Stauseen rund um Hainburg auftauchen.

ment zerstörte das wirtschaftliche Fundament. Die staatlichen Unternehmen haben beides produziert – Schulden und Arbeitslose.

Politiker konnten alle wichtigen Posten in der „Verstaatlichten“ vergeben, und das Ergebnis war entsprechend. Nicht fachliches Können bestimmte die Wahl der Manager, sondern parteipolitische Loyalität. Führungskraft konnte nur werden, wer in den Parteizentralen akzeptiert wurde – und alles nach Proporz, einen von links, einen von rechts.

Mittelmäßige Manager besetzten die zweite Führungsebene in den Betrieben mit noch mittelmäßigeren Managern. Die durften sich dann, Loyalität immer vorausgesetzt, Spitzenpositionen regelrecht ersitzen.

Die Aufsichtsräte störten dabei wenig. Sie waren meist zu sehr mit sich selbst beschäftigt.

So gelang es etwa dem Industriellen Emmerich Assmann, Mitglied im Aufsichtsratspräsidium der Voest, sich 75 Hektar Wald und Bauland anzuschaffen. Der Quadratmeter kostete knapp eine Mark, Verkäufer war die Voest.

Den Filz oben ergänzte der Filz unten. Vor Ort, vor allem in den Stahlstädten der Obersteiermark und in Linz, ersetzten vielfach die örtlichen Parteisekretariate das Arbeitsamt.

Als die begehrten Jobs in den Staatsbetrieben knapp wurden, nahm die Macht der Lokalpolitiker noch zu, insbesondere wenn sie über gute Kontakte zu sozialistischen Betriebsräten verfügten. Nur sie vermochten ihren Parteigängern und Freunden noch einen Arbeitsplatz zu verschaffen, und sei es bloß als Hilfskraft.

Die Politiker kümmerten sich um alles – um Posten und Privilegien. Was in den Unternehmen tatsächlich geschah, interessierte sie aber wenig – das war Sache

### Alle glaubten an den Manager mit dem Pokerface

der Manager. Und die, erst einmal bestellt, ließen sich auch kaum mehr in die Karten blicken.

1984 wählte Österreich einflußreiches Wirtschaftsmagazin „Trend“ den Manager mit dem besten Pokerface, Generaldirektor Heribert Apfalter von der Voest, zum „Mann des Jahres“, obwohl sich die Verluste im Konzern stetig häuften. „Wir müssen in die Zukunft sehen“, sagte Apfalter, und alle glaubten daran.

Doch gerade die Voest, der Renommierbetrieb unter Österreichs Staatsunternehmen, ist ein Musterfall, der erahnen läßt, warum die „Verstaatlichte“ gescheitert ist.

Für die Zukunft, die Apfalter fest im Blick hatte, langte es nicht. Die Produktivität bei Eisen und Stahl ist wesentlich geringer als bei bundesdeutschen Kon-



„Diesmal habe ich mit Regnauer gebaut. Und ich bin rundum zufrieden.“

**Regnauer – Ihr zuverlässiger Baupartner**



Wir errichten Ihr Gebäude

- individuell
- in bester Qualität
- in kurzer Bauzeit
- besonders preisgünstig

Gleich Infomaterial mit Referenzliste anfordern!

regnauer

**R.F.**

Fertigbau

**Von Grund auf solide**

Regnauer Fertigbau, Postfach 20, 8221 Seebuck, Tel. 08667 / 720

# 10 Jahre im Reise FIEBER



030 / 851 80 69

bringt jede Menge (Therapie-) Erfahrung. Erfahrung, die wir auf 140 überwiegend farbigen Katalogseiten weitergeben. Erfahrung und Qualität was Ruck- u. Schlafsäcke, Zelte, Bekleidung, Fahrradtaschen und Zubehör betrifft. Alles gratis.

**A.F.T.**  
BUNDESALLEE 88  
1000 BERLIN 41



Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

SP

kurrenten, die Technik ist hoffnungslos veraltet.

Und kaum jemand ahnte, wie dilettantisch im weltweit tätigen Konzern gearbeitet wird. So hat die Voest bis heute keine befriedigende Kostenrechnung: Die Firmenleitung weiß zwar, was produziert und an wen verkauft wird. Aber was sie an den einzelnen Produkten verdient, ist oft nicht genau zu ermitteln. Deshalb wird auch viel zu spät erkannt, wo Verluste entstehen; und Konkurrenzvorteile können nicht genutzt werden.

Auch Marktanalysen – im internationalen Management eine selbstverständliche Entscheidungsgrundlage – werden

### **Philosophiestudenten durften mit Milliarden jonglieren**

kaum gemacht. Welche Umsätze zu welchen Preisen auf welchen Märkten erzielt werden – diese „Einsfrage für die eigene Produktpositionierung“, so ein bundesdeutscher Industrierberater, „kann bei der Voest nicht beantwortet werden“. Schlimmer noch: Die Voest-Mitarbeiter wissen nicht einmal, wie sie sich solche Daten beschaffen können. Trotzdem stieg die Voest, mit fast bemitleidenswerter Ahnungslosigkeit, auch noch in abenteuerliche Geschäfte ein. Weitere Verluste waren die Folge.

Mit ihrem Handelshaus Intertrading nahm die Voest an der Ölpekulation teil. Unbedarfte Studienabgänger, darunter Philosophiestudenten, durften nach wenigen Monaten „Training“ mit Milliardenbeträgen jonglieren und am riskanten Rotterdamer Ölmarkt als Käufer riesiger Mengen auftreten.

Der Staatsanwalt hielt das Geschäftsgebahren für „chaotisch“, Intertrading-Chef Gernot Preschern sitzt inzwischen wegen Korruptionsverdachts in Haft. Schaden für die Voest: 4,2 Milliarden Schilling, rund 600 Millionen Mark.

In den USA sicherte sich der Stahlkonzern einen Großauftrag zu äußerst ungewöhnlichen Bedingungen. Nicht wie marktüblich zu einem Fixpreis, sondern zu den tatsächlich anfallenden Kosten sollte in Louisiana, an der Flußmündung des Mississippi, das Kompaktstahlwerk Bayou errichtet werden. Die Zahlungsfähigkeit der vermeintlich großzügigen Käufer wurde aber kaum überprüft. Weil die sich die Anlage nicht leisten konnten, betrieb die Voest das Stahlwerk jahrelang selbst.

Nach schweren Verlusten verkauften die Österreicher ihr Werk schließlich an den amerikanischen Buntmetallkonzern RSR. Der Voest blieb ein Verlust von knapp einer Milliarde Mark.

Der nächste Flop: Auf den Philippinen wurde die Voest beauftragt, für 200 Millionen Mark ein Kohletagebauegebiet zu erschließen, weil die Voest-Tochter Austromineral in einem Gutachten die Kohlevorräte auf der Insel Semirara po-

sitiv beurteilt hatte. Das Gutachten taugte nichts, die Kohle ist von schlechter Qualität. Die philippinische Regierung lehnte die Bezahlung der Voest-Arbeiten ab und bot statt Bargeld süffisant eine 40prozentige Beteiligung an den Erträgen des Kohleabbaus an. Die Voest lehnte dankend ab.

Andererseits scheiterten durchaus erfolgversprechende Geschäfte am Kompetenzdschungel in der Linzer Konzernzentrale. Monatlang erhielt ein bundesdeutscher Automobilkonzern, der einen großen Dauerauftrag an die Voest vergeben wollte, auf seine Anfragen keine verbindliche Auskunft.

Dafür gelang der Voest mit ihrer Tochterfirma Aldesta, einem Dekorplattenwerk, Bemerkenswertes: Der Jahresverlust überstieg den gesamten Umsatz des 100-Mann-Betriebs.

So häuften sich die Verluste. Mal waren es ein paar Dutzend, mal ein paar Hundert Millionen Mark. „Wir stehen“, bemerkte eine Voest-interne Analyse im vergangenen Jahr, „vor einem ergebnismäßigen und auch arbeitsmoralischen Trümmerhaufen.“

Geschäftspartner bemerkten davon zunächst nicht viel. Die aggressive Überheblichkeit, mit der die Voest-Leute überall auftraten, wurde trotz aller Fehlschläge weiter gepflegt.

„Die benehmen sich so, als sei es eine Gnade, ihnen etwas abkaufen zu dürfen“, beklagte sich ein Industrieller beim früheren Verstaatlichtenminister Ferdinand Lacina, der selbst von den Firmenchefs wie ein Bittsteller behandelt wurde.

Inzwischen ist das Management der Voest bescheidener geworden. Im November 1985, nachdem die Verluste durch Ölpekulation bekannt wurden, setzte Minister Lacina den Rücktritt aller neun Vorstandsmitglieder durch.

Ein neues Management unter Führung des Auslandsösterreichers Herbert Lewinsky, der bis 1986 die Mobil Oil

### **Die Unternehmenspolitik: Stur am Weltmarkt vorbei**

Deutschland geleitet hatte, soll den Staatskonzern zu retten versuchen. Leicht wird das nicht. Minister Lacina fürchtete schon bei Lewinsky's Antritt, daß ein Führungswechsel allein die Probleme nicht beseitigt. „Wir sind noch lange nicht am Ende.“

Für das Geschäftsjahr 1985 mußte die Voest einen Verlust von 11,8 Milliarden Schilling (1,7 Milliarden Mark) ausweisen. Der neue Voest-Finanzchef Claus Raidl versprach: „Jetzt sind keine Leichen mehr im Keller.“ Doch auch 1986 drückte es die Voest tief in die roten Zahlen, wieder ging eine Milliarde Mark verloren. Raidl diesmal: „Uns fallen lei-

**35 Portraits namhafter Vertreter aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft: 30 Jahre Zeitgeschichte.**

## **Fides Krause-Brewer Vom Brahmsee bis Shanghai**

Begegnungen mit Leuten von Format



Albrecht Knaus

272 Seiten, DM 28,-

**Eine Kleinstadt träumt vom großen Aufstieg... «Erich Loest speißt herrlich auf.»**

*Rheinischer Merkur*

## **ERICH LOEST FROSKONZERT**



Roman

Albrecht Knaus

360 Seiten, DM 36,-

Albrecht Knaus Verlag  
München  
und Hamburg



der einige Belastungen aus der Vergangenheit auf den Kopf.“

Ständig kommen neue Probleme hinzu. Im vergangenen Jahr litt die Voest unter Auftragseinbrüchen im konjunkturabhängigen Stahlbereich. In diesem Jahr droht wegen des niedrigen Dollarkurses ein neues Horrordefizit. Inzwischen sind auch die Geschäfte mit Ostblockländern rückläufig, die lange Zeit so gut liefen.

Wie bei der Voest häufen sich seit langem auch in anderen verstaatlichten Betrieben die Verluste. Die Chemie Linz darf sich rühmen, europaweit als einziges größeres Chemieunternehmen keine Gewinne zu erzielen. Trotz fallender Preise und sinkender Nachfrage setzt das Unternehmen nach wie vor auf die Produktion von Düngemitteln.

Stur am Weltmarkt vorbei, mit dieser Unternehmenspolitik haben die Chemie-Manager schon viel Erfahrung gesammelt: Als sich weltweit bereits mehr als drei Dutzend Beta-Blocker im Handel befanden, entwickelte die Chemie Linz mit riesigem Aufwand noch eine weitere Variante dieses Blutdruckmittels.

Als wegen der Seveso-Katastrophe in vielen Ländern die Trichlorphenol-Herstellung eingestellt wurde, produzierten die Linzer munter weiter – jetzt sitzen sie

### Die „Verstaatlichte“ geht bald an die Börse

auf Fässern mit dioxinhaltigen Rückständen, die niemand mehr übernehmen will. Und während allzu gefährliche Pflanzenschutzmittel international geächtet werden, vertreiben sie ohne Skrupel Gifte wie 2,4-D und Lindan.

Zum ökonomischen Offenbarungseid gehört bei Österreichs Staatsbetrieben auch der ökologische. Ihnen ist zum Fluch geworden, daß sie sich jahrzehntlang auf eine wenig gewinnbringende, aber besonders umweltbelastende Grundstoffindustrie beschränkt haben (siehe Kasten Seite 176).

Die Mißerfolge und Fehler der Staatsbetriebe haben inzwischen Österreichs regierende Sozialisten ernüchert. „Die ‚Verstaatlichte‘ ist schon lange kein Dogma mehr, es gibt dort nicht einmal mehr heilige Kühe“, sagt Rudolf Scholten, einer der engsten Mitarbeiter des Bundeskanzlers Franz Vranitzky.

Ausgerechnet der zurückhaltende Ferdinand Lacina, Repräsentant der Linken in der Regierung, leitete als Verstaatlichtenminister den Kurswechsel ein und löste damit eine Kulturrevolution in den Staatsbetrieben aus. Mit seinem nachgiebigen Führungsstil scheiterte er aber bald am Widerstand der Gewerkschaften. Nachfolger wurde Rudolf Streicher, ein hemdsärmeliger und unheimlich eitler Manager mit sozialistischem Parteibuch.



Minister Streicher, Kanzler Vranitzky: „Es gibt keine heiligen Kühe mehr“

Ideologische Bedenken plagen Streicher kaum, er kennt nicht einmal die Passagen über die Verstaatlichte im Parteiprogramm der SPÖ: „Das muß ich jetzt doch einmal lesen“, meint er, wenn er darauf angesprochen wird.

Dennoch ist unter Streicher die Dynamik der Reform fast zum Stillstand gekommen – Lobbyisten haben mit ihren Interventionen schon wieder Erfolg.

Dabei soll der neue Generaldirektor der staatlichen Holding ÖIAG, Hugo Sekyra, ein beispielloses Sanierungskonzept verwirklichen. Denn bis 1990 wollen die Politiker schwarze Zahlen sehen. „Wenn wir scheitern“, sagt Sekyra, ein erfahrener Manager aus der Privatindustrie, „wird Österreich wirklich eine Bananenrepublik.“

Das St. Galler Management-Zentrum, eine Schweizer Industrieberatungsfirma, hat den Weg vorgezeichnet, den Sekyra gehen will. Derzeit werden alle 196 Konzernbetriebe durchleuchtet. „Wir ziehen jedem Bereich die Haut ab“, erklärt Sekyra-Assistentin Liselotte Palme, „schauen, was drunter ist, und stellen dann alles neu zusammen.“

Auf sechs bis acht Kernbereiche soll dann ein neuer Konzern aufgebaut werden, als gesichert gelten bisher erst die Unternehmensschwerpunkte Stahl, Öl, Chemie und Maschinenbau. Betriebe, die nicht in dieses Konzept passen, werden abgestoßen – auch wenn sie gewinnbringend arbeiten. Manche Verlustbringer – etwa der Bergbau der Bleiberger Bergwerks-Union – sollen einfach aufgegeben werden. Die Firma Futurit,



Die Presse, Wien

spezialisiert auf Verkehrsampeln, wurde bereits verkauft, möglichst die gesamte ÖIAG-Beteiligung an Siemens-Österreich (43,6 Prozent) soll folgen.

Aus den Erträgen solcher Verkäufe wird aber nur ein Bruchteil der Sanierungskosten bezahlt werden können. Noch einmal wird deshalb die „Verstaatlichte“ Zuschüsse aus dem Staatsbudget erhalten – knapp fünf Milliarden Mark. Auch dieser Betrag, so wurde in der ÖIAG errechnet, wird mit Sicherheit nicht ausreichen. Stück für Stück sollen deshalb auch Anteile an jenen Firmen verkauft werden, die beim neuen Konzern verbleiben. 49 Prozent der Aktien des Mineralölbetriebs ÖMV werden an der Frankfurter und Wiener Börse placiert. Schon bald wird die Republik Österreich kaum noch einen der Verstaatlichten-Betriebe allein besitzen.

„Derzeit ist die Voest bankrott“, sagt ein Regierungsvertrauter. „Doch wenn sie kapitalmarktfähig wäre, warum sollten wir mit ihr nicht an die Börse gehen?“ ÖIAG-Chef Sekyra denkt noch einen Schritt weiter: Er könnte sich eine Verringerung des Staatsanteils auf 51 Prozent in allen Betrieben der Staats-Holding „durchaus vorstellen“.

Da liegt der Staatsmanager durchaus im Trend. Die meisten Österreicher sind ihre einst so hochgelobten Staatsbetriebe leid. In einer Umfrage sprachen sich 84 Prozent für den Verkauf an Private aus.

Das alte Tabu, das staatseigene Betriebe in Österreich schützte und letztlich so verrotten ließ, ist gebrochen. Das Tempo der Privatisierung hängt nur noch von der Kapitalkraft der Investoren ab. Im trägen Österreich wird es aber – trotz einer hohen Sparquote – nicht genug Interessenten geben. Deshalb sind der Regierung auch Ausländer als Käufer hoch willkommen. Betreten müssen die Regierungsspitzen jedoch zur Kenntnis nehmen, daß die ausländischen Anleger die Bedingungen fast diktieren – wie in einem Entwicklungsland.

Mit diesem radikalen Wandel zeichnen sich freilich schon ganz neue Probleme ab: Der Staatsvertrag verbietet Österreich den Verkauf der Staatsbetriebe an Deutsche. Doch die interessieren sich am meisten dafür.

Den großen Staatskonzern, der einst jeden fünften Arbeitnehmer in Österreich beschäftigte, wird es bald nicht mehr geben. „Wir müssen“, sagt Holding-Chef Sekyra in der beschönigenden Sprache der Politprofis, „häßliche und sehr schmerzhaft Personalanpassungen in jedem Bereich durchziehen.“

Schmerzhaft in der Tat. In vier Jahren will die Staatsholding ÖIAG laut Sekyra wieder „voll aktiv sein“. Doch von knapp 100 000 Arbeitnehmern werden dann, so rechnet der ÖIAG-Chef, noch 55 000 dasein – im günstigsten Fall.

## KOLUMBIEN

### Zarte Hände

**Rosen, Nelken und Chrysanthemen schickt der zweitgrößte Blumenexporteur der Welt in die USA und nach Europa – und riskiert dabei die Gesundheit von 45 000 Arbeiterinnen.**

Der Mann mit der Maske kommt näher. Er zieht an einer Galerie knospender Nelken vorüber und nebelt, was ihm in den Weg kommt, mit Pflanzenschutzmittel ein: Blüten, Zweige, Erde und auch die Blumenarbeiterin Marina, die schnell den Kopf abwendet. Doch das hilft ihr wenig.

Die Wolke giftiger Pestizide verteilt sich schnell im heißen Gewächshaus bei

45 000 „mujeres en flores“, der Blumenarbeiterinnen von Bogotá, ihre Gesundheit ruinieren: Sie klagen auch über seltsame Hautausschläge, Fehl- und Frühgeburten häufen sich.

Vier Fünftel der Arbeiter sind Frauen, denn „zarte Hände sind gut für die Blumen, sie verletzen die Knospen nicht“, erklärt der Manager eines Nelken-Exportbetriebes.

Die Kunden in den USA und Europa wünschen sterile, genormte Zuchtprodukte, bei denen alle Blüten gleich aussehen, mit gleich langem Stil und glänzenden Blättern, ohne Rostflecken, Mehltau, Spinnweben oder Käferfraß.

Blumen von der Stange, im Akkord produziert, denn verderbliche Ware bleiben sie bei aller Chemie: frühmorgens gepflückt, zurechtgezupft und gebunden,



Blumenarbeiter bei Bogotá: „Das Gift ist überall“

Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens. Marina erkennt die einzelnen Gifte schon am Geruch: „Dann packt mich die Angst, es würgt mich wahnsinnig“, sagt sie, „später kommen die Kopfschmerzen und der furchtbare Husten.“

Die Männer tragen Schutzkleidung, Marina bekommt nicht einmal Handschuhe.

Als die junge Kolumbianerin vor sechs Jahren einen Job in der Blumenindustrie von Bogotá fand, wurde sie von ihren Freundinnen beneidet: Eine feste Anstellung immerhin, keine Tagelöhneri, 160 Mark im Monat, Kantine und Sozialversicherung. Ein Traumjob, dachte sie, Arbeit in einem Meer von Blumen.

Heute weiß Marina, daß sie den Duft der Rosen, Nelken und Chrysanthemen mit Asthma bezahlt, so wie sich viele der

nachmittags zum Flughafen Eldorado von Bogotá gefahren, von Jumbo-Jets der kolumbianischen Avianca oder der deutschen Lufthansa transportiert, landet die in Südamerika fabrizierte Blütenpracht noch in der Nacht in Miami oder am nächsten Tag in Frankfurt, Zürich und Amsterdam.

Knallig bonbonfarbene Nelken für amerikanische Liebespaare zum Valentinstag, dunkelrote, großköpfige Baccara-Rosen für die Freundin oder kleinblütenblättrige rosa Rosen zum deutschen Muttertag, auch die billigen Chrysanthemen im Supermarkt oder die rote Nelke im Knopfloch des Gewerkschafters am 1. Mai kommen aus Kolumbien, dem nach Holland zweitgrößten Blumenexporteur der Welt.

Hatte Kolumbien früher von Kaffee, Bananen und Kokainschmuggel gelebt, so liefert das Drittweltland jetzt für im-